

ORTE DER DEMOKRATIEGESCHICHTE

„...BIS AUF DEN GRUND.“ DIE ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DER BEGEGNUNGSSTÄTTE ALTE SYNAGOGUE

Ulrike Schrader, 15.4.2025

Selbstverständlich ist die Begegnungsstätte ein Ort der Demokratiegeschichte!

Wie die meisten der mittlerweile rund 300 Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer der NS-Herrschaft in Deutschland ist auch die Begegnungsstätte Alte Synagoge das Ergebnis des demokratischen Selbstverständnisses der damaligen Akteure. Sie ist das Ergebnis der Kenntnis und Beachtung demokratischer Spielregeln und Gepflogenheiten bei den Entscheidern, Ergebnis einer klugen Moderation demokratischen Streits. Vor allem aber ist sie das Ergebnis eines gewachsenen Geschichtsbewusstseins und eines Bewusstseins von der Verantwortung, die damit unmittelbar verbunden ist.



Eingang zur Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal (Foto: Christoph Schönbach)

Kürzlich sendete das ZDF einen Film über den damals äußerst populären Quizmaster Hans Rosenthal, der in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden wäre.

Dramaturgischer Drive ist das Dilemma des Hans Rosenthal, der am 9. November 1978 die 75.-Jubiläumsausgabe seiner Dalli-Dalli-Show live moderieren soll (der Donnerstag war der „Dalli-Dalli“-Tag), von dem aber von jüdischer Seite erwartet wird, dass er als einer der prominenten Juden Deutschlands an der hochkarätig besetzten Gedenkfeier zum 40.Jahrestag der Novemberpogrome von 1938 in der Kölner Synagoge



teilnimmt. Rosenthal ist in diesem Film zerrissen zwischen seiner Rolle als immer fröhlicher Unterhalter und pflichtbewusster Mitarbeiter einerseits und als knapp dem Holocaust Entronnener andererseits.

Das ist ein Dilemma zwischen den Erwartungen eines Senders, der auf die Quote schaut, nämlich auf ein eifrig mitspielendes Millionenpublikum am heimischen TV, dem sich der Quizmaster aus wirklicher Überzeugung verpflichtet fühlt, und einem hohen moralischen Anspruch und Selbstanspruch auf Erinnerung. Die Kollision dieses Datums, 9. November 1978, ist der Fixpunkt der Handlung. Der Film macht nachdenklich. (Nur nebenbei: ich freue mich, dass Anne Giebel, die zurzeit an einer Dissertation über Hans Rosenthal arbeitet, bald auch hier in der Begegnungsstätte über ihre Arbeit berichten wird.)

Warum erzähle ich das?

Für die Entstehung der Begegnungsstätte ist das nicht unwichtig, weil sich im Herbst 1978 ein Generationenwechsel abzeichnet, der zu einem neuen und anderen Nachdenken über den Nationalsozialismus führt. Oder anders gesagt: der überhaupt zu einem Nachdenken darüber führt. Auch hier in Wuppertal.

Auch in Wuppertal wurde im November 1978 an den Pogrom von 1938 erinnert: Schon am 28. Oktober 1978 startete die Neue Rhein Zeitung NRZ mit einer 5-teiligen Artikelserie aus Anlass des 40. Jahrestages der „Reichskristallnacht“, geschrieben von Waltraud Bierwirth.



Aus: Neue Rhein Zeitung, 18.10.1978



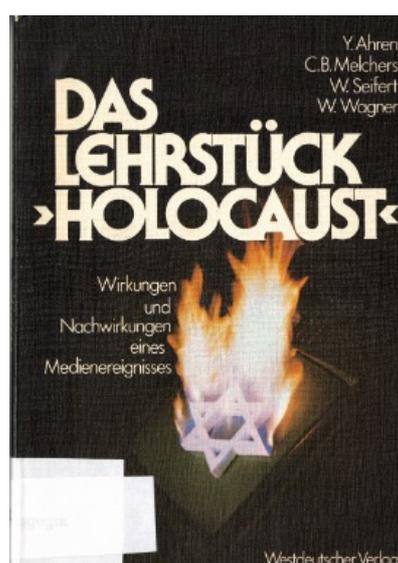
BEGEGNUNGSSTÄTTE
ALTE SYNAGOGUE

Auch im General-Anzeiger erschienen Beiträge, zum Beispiel von Kurt Schnöring. Rat und Verwaltung luden demnach am Donnerstag, den 9. November um 16 Uhr in den Sitzungssaal des Rathauses ein. Oberbürgermeister Gottfried Gurland sprach, und musikalisch wurde das Ganze umrahmt vom Wuppertaler Sinfonieorchester. Bereits am Vormittag legten Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor Dr. Rolf Krumsiek Kränze am Mahnmal auf dem jüdischen Friedhof nieder.

Gurland und Krumsiek veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung, die hinsichtlich historischer Genauigkeit, wegen ihrer Konkretheit und wegen ihres Stils erstaunlich ist und ihrer Zeit weit voraus:

Die „Kristallnacht“ bedeutete eine Verschärfung des Terrors gegen die Juden, der unmittelbar nach Hitlers Machtübernahme durch den Boykott jüdischer Unternehmen und die Propagierung eines hemmungslosen Antisemitismus entfesselt worden war und später durch die Einführung barbarischer Rassengesetze seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte. Mit den brutalen Ausschreitungen am 9. November 1938 und in den Tagen danach wurden die Weichen für die „Endlösung der Judenfrage“ gestellt – wie es im unmenschlichen Sprachgebrauch jener Zeit hieß. Es war der Anfang der Ermordung von mehr als sechs Millionen deutscher und europäischer Juden. Über das Gedenken und die Erinnerung an die Toten hinaus muss in uns die Verpflichtung wachbleiben, gegen jede Form der Diskriminierung und Verfolgung von Menschen in unserem Land und in der ganzen Welt unbeirrbar Widerstand zu leisten.“ (GA, 9.11.1978)

Doch Millionen Deutsche wollten und sollten an diesem Donnerstag, den 9. November 1978, dann doch lieber „Dalli Dalli“ gucken. Aber: Nur zwei Monate später, im Januar 1979, saßen wiederum Millionen Deutsche gebannt vor ihren Fernsehern, um sich den amerikanischen Spielfilm-Vierteiler „Holocaust. Die Geschichte der Familie Weiss“ von Marvin J. Chomsky anzusehen. Bei aller berechtigten Kritik (die Serie wurde nach 40 Jahren im Januar 2019 wiederholt, und beim Wiedersehen war sie viel besser, als ich sie in Erinnerung hatte) der Film wurde zum Medienereignis.



Titel einer Studie über die Miniserie „Holocaust“



BEGEGNUNGSSTÄTTE
ALTE SYNAGOGUE

Medienereignis nicht nur wegen der überraschend hohen und überwältigenden Einschaltquote, sondern wegen der Wirkung. Dem Film ist etwas gelungen, was es vorher nicht gegeben hatte: Er hat das Thema der Judenverfolgung **personalisiert**, **dramatisiert** und **emotionalisiert**. Danach begannen die Menschen, nach der NS-Geschichte „vor ihrer Haustür“, also im eigenen Ort, in der eigenen Stadt zu fragen. Eine gewaltige Laienforscherbewegung setzte sich in Gang. Es sind aus diesem Wissensdurst unzählige Lokalstudien, Broschüren und auch Ausstellungen mit den Titeln „Nationalsozialismus in xy-stadt“, „Das braune xy-dorf“, „Juden in xybach“, „xy-heim unter dem Hakenkreuz“, „Verfolgung und Widerstand in xy-lingen“ usw. entstanden. Manche dieser frühen Arbeiten dürfen bis heute als die Anfänge örtlicher Grundlagenforschung zum Thema gelten.

Sehr viele Menschen und vor allem Laien entwickelten eine Sensibilität für das Thema, die es vorher so noch nicht gab. Dazu ein Beispiel aus unserer Nachbarstadt Velbert: Noch 1978 war dort wegen Baufälligkeit das Gebäude der ersten Synagoge im Bergischen Land abgerissen worden. Die Langenberger Juden hatte das Wohnhaus zu Beginn des 19. Jahrhunderts gekauft, um sich dort ihre Synagoge einzurichten. Mit der Abwanderung jüdischer Einwohner vom Land in die Großstadt war sie überflüssig geworden, so dass die verbliebenen Juden sie wieder verkauften und darin erneut ein Wohnhaus eingerichtet wurde. Vermutlich waren viele Spuren der jüdischen Nutzung nun verschwunden, aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht alle. Nur ein Jahr später hätte sich wahrscheinlich eine Bürgerinitiative gebildet, die sich um den Erhalt dieses Gebäudes gekämpft hätte, um so die frühesten Spuren jüdischen Lebens im Bergischen Land zu retten.

Wie sah die Lage bei uns in Wuppertal aus? Ein paar Beispiele:

Schon 1978 hatte sich der „Arbeitskreis Wuppertal in *nationalsozialistischer Zeit*“ gegründet, unter der Leitung von Prof. Dr. Klaus Goebel, mit Ulrich Föhse, Hans Helmich, Karlernst Rübenstrunk, Hans Willy Lukas, Heinrich Karl Schmidt, Norbert Krüger und Kurt Schnöring, und man glaubt es kaum, auch einer Frau: Ruth Meyer-Kahrweg.



Das Autorenteam des Buches. Von links nach rechts (sitzend): Hans Helmich, Ruth Meyer-Kahrweg, Karlernst Rübenstrunk, stehend: Hans Willy Lukas, Heinrich Karl Schmidt, Professor Dr. Klaus Goebel, Ulrich Föhse, Norbert Krüger, Kurt Schnöring.

Aus: Der Weg, 10.6.1984

- 4 -

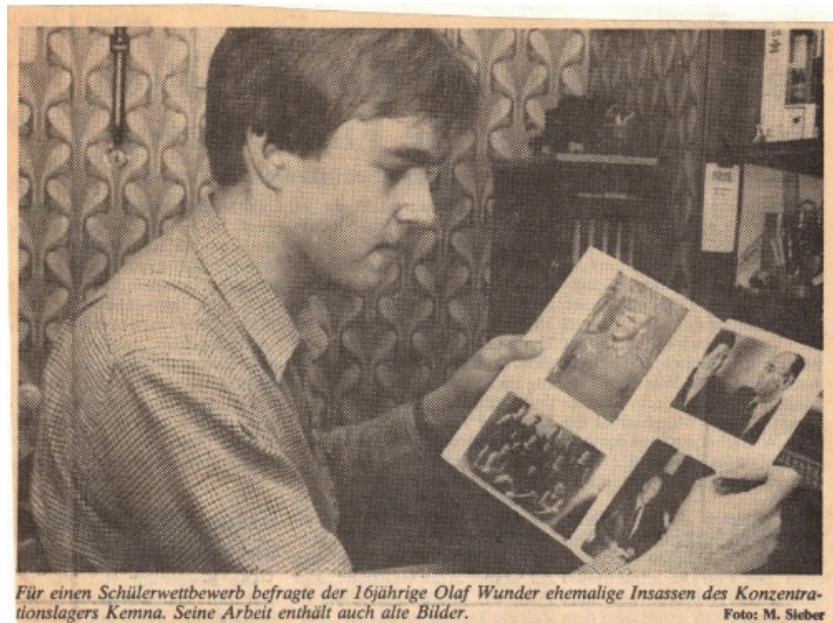


BEGEGNUNGSSTÄTTE
ALTE SYNAGOGUE

Dieser Arbeitskreis veröffentlichte in den nächsten Jahren drei Bände mit Beiträgen zu unterschiedlichen Aspekten des Themas NS: 1984 Wuppertal in der Zeit des Nationalsozialismus, 1987: Über allem die Partei: Schule, Kunst, Musik in Wuppertal 1933 bis 1945 und 1989: Unter Hakenkreuz und Bombenhagel.

1981 war schon Kurt Schnörings Buch über die Judenverfolgung in Wuppertal erschienen: „Auschwitz begann in Wuppertal“.

1980/81 lautete das Thema des **Schüler-Geschichtswettbewerbs** des Bundespräsidenten nicht zufällig „Alltag im Nationalsozialismus“. An diesem Wettbewerb nahm auch der Remscheider Schüler Olaf Wunder teil und wurde mit seiner Arbeit über das Konzentrationslager Kemna ausgezeichnet. Olaf Wunder hat als Erster zu diesem Thema mit wissenschaftlichen Methoden gearbeitet, unzählige Interviews geführt. Es gab zwar noch nicht das Wort „Zeitzeuge“, aber dafür lebten sie noch. Heute ist es umgekehrt.



Für einen Schülerwettbewerb befragte der 16jährige Olaf Wunder ehemalige Insassen des Konzentrationslagers Kemna. Seine Arbeit enthält auch alte Bilder. Foto: M. Sieber

General-Anzeiger Wuppertal, 3.9.1981

Ich möchte wenigstens erwähnen, auch um sie zu würdigen, dass meine 2021 verstorbene Religionslehrerin **Margret Schoenborn**, schon direkt im Jahr 1979, mit uns Abiturientinnen und ausgerüstet mit Kassettenrekordern im Wald von Laaken und im Dorf von Beyenburg nach Menschen suchte, die aus möglichen Erinnerungen an das Wuppertaler KZ berichten könnten. Wenig später verlegte der Hammer-Verlag den Bericht von Karl Ibach neu, versehen mit einem Vorwort von Johannes Rau.



Die Zahl der Publikationen zum Nationalsozialismus in Wuppertal – und nicht nur in Wuppertal – schwillt nach 1979 deutlich an, ein Ergebnis reger Forschungstätigkeit auch anderer und immer wieder neuer Akteure, und auch um solche „Konjunkturen“ zu erkennen, ist unsere Bibliografie, die wir 2023 publiziert haben, eine anschauliche Auskunftquelle.

1983 errichtete der Jugendring für das Gedenken an die Opfer des **KZ Kemna ein Mahnmahl**, basierend auf Entwürfen von Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums Am Kothen. 1984 wurde in der Immanuelskirche eine große Ausstellung über den Nationalsozialismus in Wuppertal eröffnet, und eine weitere über die Barmer Theologische Erklärung vom Mai 1934. Die Geschichtskultur nahm Fahrt auf, getragen von Laien und einer neuen Generation politisierter, oftmals friedensbewegter junger Menschen.

Die Entstehung der Begegnungsstätte ist ohne diese Aufbruchsstimmung, ohne die Bewegung der Spurensucher, ohne Appelle von Aktivistinnen und Aktivisten und ohne bürgerschaftliches Engagement nicht denkbar. Auch das „Establishment“ wurde davon tangiert: 1981 traf sich die CDU-Fraktion an der Gedenktafel für die Synagoge zum Ortstermin mit Presse. Der General-Anzeiger berichtete:

Tiefes Bedauern über den unwürdigen und beklagenswerten Zustand der Gedenkstätte der ehemaligen jüdischen Synagoge in der Genügsamkeitstraße drückten die Mitglieder der CDU-Fraktion in Rat der Stadt Wuppertal bei einer gestrigen Besichtigung aus. Die Gedenktafel war 1962 von der Stadt angebracht worden zur Erinnerung an die jüdische Synagoge, die am 9. November 1938, der Reichskristallnacht, dem Rasenwahn zum Opfer fiel. Was die CDU-Fraktion veranlasst hat, vor anderthalb Jahren ein Schreiben an den Oberstadtdirektor zu senden, ist der mittlerweile unhaltbare Zustand des Mahnmals und seiner Umgebung. Im Stadtkern von Elberfeld gelegen verblasst die Tafel angesichts des sie teilweise umgebenden wildwuchernden Unkrauts, des vergammelten Lattenzauns und der vielen Fahrzeuge, die die Gedenkstätte restlos zuparken. Nachdem die Stadt auf den dringenden Hinweis nur zögernd reagierte, wendete sich Stadtverordneter Wilfried Klein am 25. Mai 1981 erneut an Oberstadtdirektor Friedel Platte. Dieser sicherte in einem Antwortschreiben zu, die Umgebung des Mahnmals aufzuräumen, das Grün etwas zu verbessern und das Parkplatzproblem zu lösen.

Fraktionsvorsitzender Hermann Josef Richter hält diese Maßnahmen jedoch für vordergründig. Er hofft, über einen entsprechenden Bebauungsplan, der dem Rat der Stadt zugeleitet werden soll, die Gedenkstätte als öffentliche Grünfläche zu sichern und ihr damit den würdigen Ausdruck mahnenden Gedenkens an eine unheilvolle Vergangenheit zu verleihen.

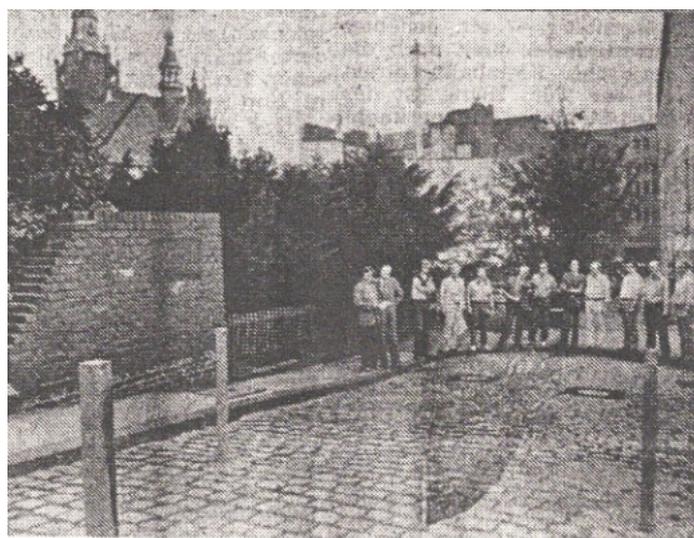
Was hatte die Stadt Wuppertal im Jahr 1962 eigentlich dazu bewogen, an den Stellen der beiden Synagogen – hier in Elberfeld und an der Straße Zur Scheuren in Barmen – diese Bronzetafeln anzubringen. Die Zahl ist ja irgendwie krumm: 24 Jahre nach dem Pogrom, 17 nach Kriegsende. 1962, gab es da einen gedenkpolitischen Anlass? Vier Ereignisse kann man in diesem Kontext nennen:

•Am **1. Dezember 1958** hatte die so genannte „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ in Ludwigsburg ihre Arbeit aufgenommen. Bis zur Gründung der Zentralen Stelle hing es oft vom Zufall ab, ob diese Verbrechen von deutschen Justizbehörden verfolgt wurden oder nicht. Hauptziel der „Zentralen Stelle“ ist es bis heute, noch verfolgbare Täter und Täterinnen



BEGEGNUNGSSTÄTTE
ALTE SYNAGOGUE

festzustellen. Für Überlebende oder Angehörige ist es von größter Wichtigkeit, dass derartige Taten bis zum Schluss verfolgt werden. Dies dient dem Rechtsfrieden und kennzeichnet unseren Rechtsstaat.



*Mitglieder der CDU-Fraktion besichtigten die Gedenkstätte für die ehemalige jüdische Synagoge.
Foto: Rainer Haldenwang*

General-Anzeiger, November 1981

- In der Nacht vom **24. auf den 25. Dezember 1959** schändeten zwei junge Rechtsextreme die Kölner Synagoge an der Roonstraße mit dem Spruch „Deutsche fordern: Juden raus“ und roten Hakenkreuzen. Solche Taten hatte es auch schon vorher, z.B. in Freiburg und in Düsseldorf gegeben, aber der Kölner Fall löste eine breite Medienberichterstattung aus. Das wiederum führte zu einer ganzen Welle von Nachahmungstaten mit antisemitischen Schmierereien, Pöbeleien und Angriffen. Innerhalb eines Jahres kam es bundesweit zu 685 Nachfolgetaten. Allein am 7. Januar 1960 wurden 58 Taten gemeldet.

- Seit **1952**, seit dem Luxemburger Abkommen, bemühten sich die Bundesrepublik Deutschland und der Staat Israel um eine Annäherung. Am 14. März 1960 trafen mit Konrad Adenauer und David Ben-Gurion in New York erstmals ein deutscher Bundeskanzler und ein israelischer Ministerpräsident zusammen. Das historische Treffen der beiden Politiker in New York steht bis heute symbolhaft für die Aussöhnung zwischen beiden Ländern.

Am **12. Mai 1965** wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beschlossen.

- Und schließlich: Vom **11. April bis 15. Dezember 1961** fand vor dem Jerusalemer Bezirksgericht der so genannte Eichmann-Prozess statt, ein Gerichtsverfahren gegen den ehemaligen deutschen SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, in dem dieser für den millionenfachen Mord an Juden zur Verantwortung gezogen wurde. Diesen Prozess konnte man am Radio verfolgen, und da Eichmann der denkbar beste Kornzeu-



ge des Verbrechens war, weil er nichts verheimlichte, sondern noch stolz auf seine Taten war, konnte jetzt wirklich jeder und jede wissen, was passiert war.

Symbolische Akte des Eingeständnisses waren gefordert, und in vielen deutschen Städten wurden Gedenktafeln installiert, mit mehr oder weniger konkreten Texten und in mehr oder weniger geschmackvoller Gestaltung, aber immer geeignet, Kränze abzulegen und eine Rede zu halten und zu hören.

So auch hier, am Parkplatzrand. Und eines Tages genügte eben dieser Platz nicht mehr, weil die Zahl der Autos in den 1970 und 1980er Jahren in die Höhe geschossen war.

So lag auf der Hand, dass nun, 1985, die Idee aufkam, an selber Stelle ein Parkhaus zu errichten, um die parkenden Autos besser stapeln zu können. Das war absolut aus der Zeit gefallen, denn, wie ausgeführt, schon seit ein paar Jahren konnte man einen Vorschlag zur Umnutzung eines historisch so kontaminierten Grundstücks nicht mehr allen Ernstes machen, ohne auf Widerstand zu stoßen.

1983 war die junge Partei der GRÜNEN/Bündnis 90 in den Stadtrat eingezogen und brachte die alte Ordnung durch neue Trends und Themen durcheinander. Bei den Grünen schrillte nun der Alarm. Die Errichtung eines Parkhauses sei exakt das, was auch der judenhasende nationalsozialistische Minister für Aufklärung und Propaganda, Joseph Goebbels, vorgeschlagen hat, nachdem die Synagogen im damaligen Deutschen Reich gewaltsam zerstört worden und Platz für Parkraum gemacht hätten. Und wer wolle denn nun zum Vollstrecker dieser zynischen Idee etwa werden.

Die Wogen im Stadtrat schlugen hoch, die Öffentlichkeit merkte auf. Die als ungeheuerlich empfundene Provokation der Grünen wurde gerügt, aber der Stich saß und musste beantwortet werden, ohne direkt und offensichtlich nachzugeben. Die SPD versuchte auszuweichen: Bevor an den inneren Frieden durch die Errichtung einer Gedenkstätte gemahnt werden sollte, was die Grünen nun entschieden forderten, möge man erst einmal den äußeren Frieden bedenken, nämlich durch ein Denkmal auf dem Karlsplatz, das an die Bombardierung von Hiroshima und Nagasaki erinnert. Diese heute befremdlich, geradezu hilflos anmutende Idee stammte aus dem Bedürfnis, etwas vergleichbar „Gutes“ als Alternative anzubieten, ohne die Parkhaus-Idee fallen lassen zu müssen und ohne anderen Fraktionen zustimmen zu müssen.

Es ist sicherlich etwas Besonderes in der damaligen politischen Landschaft Wuppertals, das einer der CDU-Abgeordneten sich ebenfalls für eine Gedenkstätte auf dem Synagogengrundstück starkmachte: Der Schulleiter und Geschichtslehrer Ulrich Föhse, geboren 1944, hatte schon seit 1980 Kontakte zu zahlreichen Juden und Jüdinnen aus Wuppertal in aller Welt gesucht, Korrespondenzen aufgenommen, viel Geld für Telefonate und später auch für Reisen in verschiedene europäische Länder, in die USA und nach Israel ausgegeben. Der CDU-Stadtverordnete Föhse kannte viele dieser Zeitzeugen und Zeitzeuginnen persönlich, hatte sie besucht, interviewt und Freundschaften geschlossen. Föhses Sammeltätigkeit hatte Mitte der 1980er Jahre ihren Zenit erreicht – rund 500 Adressen hatte er ausfindig gemacht, mit vielen der Menschen stand er in ständigem Gespräch. Darunter waren viele zwischen 60 und 70 Jahre alt. Jung also, gesprächsfähig und gesprächsbereit, bei klarem Verstand, gut informiert, kritisch und ausgestattet mit einem großen Interesse für alles, was sich in Deutschland, in Wuppertal tat.



BEGEGNUNGSSTÄTTE
ALTE SYNAGOGUE



General-Anzeiger, 16.4.1986

Was Ulrich Föhse von seinen Begegnungen und Gesprächen mit den ehemaligen Wuppertalern und Wuppertalerinnen im Stadtrat berichtete, war beeindruckend und machte nachdenklich und still. Durch ihn wurden die Stimmen der Emigrantinnen und Emigranten hörbar im Ratssaal, und das war höchste Autorität. Oberbürgermeisterin Ursula Kraus, die die Sitzungen leitete, spürte sofort, was auf dem Spiel stand, sollte das Parkhaus gebaut werden. Selbst Sozialdemokratin, musste sie sehr klug eine zuweilen hitzige und von persönlichen Attacken nicht freie Diskussion leiten. Und am Ende führte sie die Debatte zu einem Konsens. Nachdem der Beschluss zum Bau einer Gedenkstätte 1987 gefällt worden war, bestand für das weitere Prozedere zumindest auf der politischen Bühne Einigkeit, bestärkt durch die nicht ganz haltbare Behauptung aller Beteiligten, der oder die erste mit dieser Idee gewesen zu sein. Der Erfolg hat eben viele Väter.

Dass es anschließend nur zäh und mit zahlreichen Streitereien weiter ging, hatte mit Problemen in der Verwaltung zu tun, mit Eitelkeiten einzelner Akteure in der eigens gegründeten Baukommission und im Team der Architekten, mit Empfindlichkeiten und diplomatischem Ungeschick. Erst sieben Jahre später, am 15. April 1994, heute vor 31 Jahren, wurde die Begegnungsstätte eröffnet.



BEGEGNUNGSSTÄTTE
ALTE SYNAGOGUE

Auch aus einem anderen Grund aber ist die Begegnungsstätte Alte Synagoge in Wuppertal ein Ort der Demokratiegeschichte: Fiel die ganze Vorbereitungszeit von der ersten Idee bis zum Ratsbeschluss 1987 in die Zeit **vor** der Wiedervereinigung Deutschlands, so die Eröffnung des Hauses in die Zeit **danach**.

Das Nachdenken über den Nationalsozialismus und über die Frage, wie dieses Menschheitsverbrechen historisch korrekt, faktenbasiert und befreit von ideologischen Schranken zu vermitteln sei, nahm in den 1990er Jahren erneut Fahrt auf, zumal nun auch Archive in den ehemaligen Ostblockstaaten zugänglich gemacht wurden und Kontakte zu WissenschaftlerInnen und Wissenschaftlern, Begegnungen zu Mitarbeitenden in den Gedenkstätten in Polen, Tschechien, der Slowakei, der Ukraine und den baltischen Staaten um ein Vielfaches erleichtert waren – Gedenkstätten an Orten also, an denen der Holocaust eigentlich stattgefunden hatte.

Die Anfänge der inhaltlichen Arbeit der Begegnungsstätte ab 1994 fielen genau in diese leicht euphorische Phase einer „Osterweiterung“, z.B. in den Bahnen der beiden Städtepartnerschaften zu Legnica in Polen und zu Košice in der Slowakei. Gerade dort, am Bahnhof der einst zu Ungarn gehörenden Stadt Košice, damals Kassa, war der Umschlagplatz, an dem die ungarischen Jüdinnen und Juden – 440.000 Menschen, im Mai 1944 von der ungarischen Zuständigkeit in die deutsche übergeben und direkt nach Auschwitz-Birkenau transportiert wurden. Diese Massendeportation der immerhin drittgrößten jüdischen Opfergruppe – nach den polnischen und den ukrainischen – war der Grund für den Bau der Rampe auf dem Lagergelände Birkenau, die die Bildvorstellung von Auschwitz bei uns allen so prägt.



Die aus der Ukraine zugewanderte jüdische Familie Tsy-pin, Nelli, ganz rechts, überlebte als Neunjährige im Sommer 1941 eine Erschießungsaktion in Dnipropetrowsk (Foto: privat)



Aber auch in Wuppertal selbst gab es einen Paradigmenwechsel, der mit der plötzlich neuen Weltordnung zusammenhängt: Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion kamen bekanntlich viele Jüdinnen und Juden aus den ehemaligen Sowjetrepubliken, besonders aus der Ukraine und aus Russland nach Deutschland, und stellten sehr bald die Mehrheit der jüdischen Gemeinde in Wuppertal, was bis heute so geblieben ist. Diese Menschen brachten eine Geschichte vom Holocaust mit, die bis heute nicht in deutsche Geschichtsbücher Eingang gefunden hat, nämlich die Geschichte vom Überfall der Deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion im Juni 1941 und vom Beginn des massenhaften Tötens in der Ukraine, unter dem Befehl u.a. des aus dem Bergischen Städtedreiecks stammenden SS-Offiziers Paul Blobel. Und, das sei nebenbei auch noch bemerkt, sie brachten eine Geschichte des Stalinismus mit, die in bundesdeutschen Schulbüchern ebenfalls nur beiläufig, wenn überhaupt, erzählt wurde.

Die Eröffnungsfeier der Begegnungsstätte stand unter dem Unstern mehrerer rechtsradikaler und fremdenfeindlicher Anschläge im wiedervereinten Deutschland. Alle Redner bezogen sich darauf. Solingen, Mölln, Rostock, Hoyerswerda – ohne diese Städtenamen kam bald keine Gedenkrede mehr aus. Ignatz Bubis sprach sich gegen den Ausverkauf des Begriffs der „Zivilcourage“ aus, da in unserem Land das Recht auf der Seite derjenigen sei, die gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit einschreiten. Wozu bräuchte es da Mut? Theoretisch hatte er Recht.

Mit dem Bezug auf die unheimliche Zunahme rechtsradikaler Übergriffe und enthemmter Fremdenfeindlichkeit schien man der Begegnungsstätte ins Pflichtenheft schreiben zu wollen, was sie zu leisten habe. Es war gut, dass der schon 1993 gegründete Trägerverein eine Satzung verabschiedet hatte, die die Begegnungsstätte davor bewahrt, ein Allheilmittel gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit zu werden. Die Präambel lautet:

„Ziel des Vereins ist es, durch die Begegnungsstätte Alte Synagoge die Erinnerung an das Schicksal der jüdischen Bevölkerung in Wuppertal, insbesondere zur Zeit des Nationalsozialismus, wach zu halten und das geschichtliche Verständnis zu fördern.

Die Begegnungsstätte soll vor allem Ort der Information und Diskussion, der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung mit Geschichte und der Begegnung mit dem Judentum sein.

Der Verein bekennt sich zu den Prinzipien der Toleranz und der Demokratie und setzt sich ein für die Zusammenarbeit von Menschen verschiedener religiöser, ethnischer und gesellschaftlicher Herkunft.“

Das kann man folgendermaßen zusammenfassen:

- Erinnern an das „Schicksal“ der Juden, insbesondere in der Zeit des NS
- Geschichtliches Verständnis fördern
- Information und Diskussion, Auseinandersetzung mit Geschichte
- Begegnung mit dem Judentum



Was bedeutet das konkret?

• In unserer Dauerausstellung erinnern wir nicht an das Schicksal der Juden (was für ein Schicksal sollte das sein?), sondern wir versuchen, sie ihre Geschichte erzählen zu lassen. Die jüdische Perspektive ist uns wichtig, Jüdinnen und Juden sollen selbst zu Wort kommen. Und wir tun das nicht „insbesondere für die Zeit des NS“, sondern für die gesamte Zeit, sofern wir sie überblicken können. Unser ältestes Dokument stammt aus dem Jahr 1682 – ein Schutzbrief für den Schwelmer Juden Herz Joas, und das jüngste ist die Action-Figur „Mose“ aus Plastik. Wir zeigen jüdische Geschichte als historischen Längsschnitt, denn Juden können mehr von sich erzählen, als nur vom Holocaust oder von Kreuzzügen. Sie sind nicht Brunnenvergifter oder Geldverleiher, sie tragen auch keine spitzen Hüte und gelben Ringe. Sie haben nicht die Hofaue „beherrscht“ und auch nicht Christus am Kreuz erschlagen. Und mit Geld konnten sie auch nicht umgehen, jedenfalls nicht besser als Sie oder ich. Sie haben Zigaretten und Pfeife geraucht und Kaffee getrunken, auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten.



Ida und Otto Weisskopf in Barmen, 1930er Jahre, rauchend und Kaffee trinkend
(Archiv Begegnungsstätte Alte Synagoge)

• Wir fördern das geschichtliche Verständnis, indem wir mit unseren Synagogenmodellen zeigen, wie **dy-**
namisch unsere Gesellschaft sich im 19. Jahrhundert entwickelt hat, inspiriert von amerikanischer Unabhängigkeit und französischer Revolution, beseelt vom Glauben an Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit, beschwingt von Emanzipation und Fortschritt. Die Entstehung des Bürgertums, ist eine Errungenschaft des 19. Jahrhunderts, von der wir hier alle profitieren, auch wenn die christliche Mehrheitsgesellschaft länger gebraucht hat als die jüdische Minderheit zu begreifen, was das bedeutet.

Wir informieren über Zahlen, Daten und Zusammenhänge und setzen uns mit Geschichte auseinander, was ja wohl heißen soll: mit den Unvereinbarkeiten von Geschichte, mit den Ambivalenzen.



Wir sind in der kritischen Auseinandersetzung mit KollegInnen und Kollegen, Lehrkräften und freilich unseren Besucherinnen und Besuchern. Denn Gedenkstättenarbeit stellt längst nicht mehr die Frage, **ob** man sie tut, sondern **wie**. Manches ist sehr kurz gedacht: Nicht jede Schullektüre ist schon deshalb gut, weil sie sich mit dem Nationalsozialismus beschäftigt. Warum reisen Lehrkräfte mit ihren Schülerinnen und Schülern immerzu in die touristisch völlig überlaufene Gedenkstätte Auschwitz und nicht zum Beispiel mal zur Neuen Bremm ins Saarland oder zum Bullenhuser Damm nach Hamburg der nach Flossenbürg in der Oberpfalz? Oder nach Majdanek oder nach Lodz? Was lernt man eigentlich an und mit den berühmten „Stolpersteinen“? Wie bewahren wir die Erinnerungen der Zeitzeugen, abseits von Hologrammen und ähnlichen fakes, wenn wir sie nicht mehr von ihnen selbst hören? Und was machen wir mit ihnen?

Eine kritische Grundhaltung, die so manche liebgewordene Tradition, manche Rituale, manchen Mainstream im Gedenken gegen den Strich bürstet, ist anstrengend, und beliebt macht man sich auch nicht damit. Aber nicht nachlassendes Hinterfragen und Nachfragen ist die Voraussetzung für Redlichkeit im Umgang mit dem Vermächtnis der Opfer einerseits und für Ehrlichkeit im Umgang mit unserem Publikum – Kinder, Jugendliche und Erwachsene – andererseits.

Ich komme zum Schluss.

•„Begegnungsstätte“ heißt das Haus, und „Begegnung mit dem Judentum“ steht in der Satzung. Ich fand das immer schwierig. Was haben wir aus diesem Auftrag gemacht? Wir begegnen nicht dem Judentum, sondern eher: den Jüdinnen und Juden selbst. Und wir zeigen, wie vielfältig jüdisches Leben ist – vom frommen Samuel Steilberger als Langenberg mit seinen 12 Kindern bis hin zum „Bergjuden“, der nach 1990 aus Aserbeidschan nach Wuppertal zugewandert ist. Unser ganzes Museum besteht aus Dokumenten, Fotos und Objekten, die wir von Jüdinnen und Juden in aller Welt erhalten.



Renie Inow, geboren 1929 in Elberfeld, Briller Straße 34, 2018 in London
(Foto: Ulrike Schrader)



BEGEGNUNGSSTÄTTE
ALTE SYNAGOGUE

Und schließlich: Wir halten lebendigen Kontakt zu unseren jüdischen Familien „whole over the world“. Sie sind das Zentrum unseres Engagements, sie inspirieren und ermutigen uns. Sie lassen uns nicht resignieren angesichts der Trumps, Putins, Erdogans, Orbans und Netanjahus dieser Welt und angesichts der Zustimmungswerte zur AfD. Sie stärken uns, wenn wir verzagen vor der Übermacht der Algorithmen, der Hassmails und der Verschwörungsfantasien, mit denen wir täglich konfrontiert sind. Sie sagen: „Einfach weitermachen!“ Für diese Stärkung danken wir ihnen!

Den vielen formerly Wuppertalerinnen und Wuppertalern gehört unsere ganze Aufmerksamkeit. Sie und ihre Ermordeten sind die Verpflichtung dieses Orts.